

VERTRAULICHE MITTEILUNGEN®

AUS POLITIK, WIRTSCHAFT UND GELDANLAGE

REDAKTION/ABONNEMENTVERWALTUNG
BUCHVERSAND

D-78266 BÜSINGEN

D-27315 HOYA / POSTFACH 1251

TELEFON (0 77 34) 60 61

TELEFON (0 42 51) 5 61

TELEFAX (0 77 34) 71 12

TELEFAX (0 42 51) 30 70

Verlässlich und kompetent seit 1951

1 **Sehr geehrte Damen und Herren,**

Ausnahmesituationen rufen immer wieder „Trittbrettfahrer“ auf den Plan, die dann die Chance gekommen sehen, ihren bisher kaum durchsetzbaren Forderungen den nötigen „Druck“ zu verschaffen. Ein solcher Trittbrettfahrer ist wohl auch der Chef des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Reiner Hoffmann.

Vor dem Hintergrund der stark gestiegenen Kraftstoffpreise regte Hoffmann nicht nur strenge Tempolimits an (rot-grüne Kommandowirtschafts-Befürworter werden sich freuen), sondern er rief auch ganz unverhohlen zu einer regelrechten Schröpfung derjenigen auf, die noch etwas zu verlieren haben. Das auch von ihm grundsätzlich befürwortete „Mobilitätsgeld“ bei kleinen und mittleren Einkommen (das auf ein Jahr gerechnet Milliardenbeträge verschlingen würde) sollen laut Hoffmann wieder einmal die sogenannten „starken Schultern“ tragen: „Wir brauchen mehr Gerechtigkeit in unserem Steuersystem – ganz gleich, ob das über die Erbschaftsteuer, die Vermögensteuer, die Einkommensteuer oder die Kapitalertragsteuer läuft.“ Und zudem regt der in unserem Land durchaus mächtige Gewerkschaftsführer einen neuen Lastenausgleich an.

Der zur Verteilung der Kriegsfolgenlasten ab dem Jahr 1952 über mehrere Jahrzehnte hinweg durchgeführte Lastenausgleich rückt damit immer mehr in den Mittelpunkt des Interesses derjenigen, die in der Regel stets dann die größte Kreativität und Fingerfertigkeit aufweisen, wenn es um den Griff in fremde Taschen geht. In rein informellen (und parteipolitisch gut „vorsortierten“) Gesprächsrunden kommen Mitarbeiter des Bundesfinanzministeriums schon seit rund zwei Jahrzehnten immer wieder auf das Thema Lastenausgleich, wenn es um die grundsätzlichen Möglichkeiten zur Sanierung der immer maroderen Staatsfinanzen geht. Es ist schon von daher gewiß nicht „rein zufällig“ geschehen, wenn sich auch der „Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium der Finanzen“ im Oktober vergangenen Jahres in seinem Gutachten 3/2021 mit der Frage beschäftigte, ob zur Bewältigung der mit der Corona-Krise einhergehenden finanziellen Lasten „eine einmalige Vermögensabgabe“ erhoben werden sollte.

Die Beiratsmitglieder, darunter etliche bekannte Fachleute, kommen letztendlich – und stark verkürzt dargestellt, wofür wir um Ihr Verständnis bitten – zu dem Ergebnis, daß ein neuer Lastenausgleich infolge der Corona-Lasten (noch) nicht angesagt sei. Die finanziellen Verwerfungen der Staatsfinanzen seien dafür noch nicht hoch genug und es gebe keine unruhe- oder kriegsbedingten Vermögensunterschiede in der Bevölkerung. Außerdem seien die bis jetzt absehbaren Lasten für die Staatsfinanzen auch noch mit Hilfe von Steuererhöhungen (!) handhabbar . . .

Die Autoren des Gutachtens haben allerdings zwei wichtige Punkte nicht berücksichtigt. Zum Zeitpunkt der Gutachtenerstellung war durchaus absehbar, und das ist der erste Punkt, daß die jahrelange Null- bzw. Niedrigzinsphase mittelfristig zu Ende gehen wird und muß. Sollte sich das allgemeine Zinsniveau auch nur mäßig erhöhen, werden die dann anfallenden Zinslasten die meisten öffentlichen Haushalte kollabieren lassen. Warum die Forscher auf diese allgemein bekannte Tatsache nicht eingingen, bleibt unbekannt. Vielleicht, so eine Vermutung, wollte man den Rückschluß auf einen unter den dann herrschenden Voraussetzungen doch denkbaren Lastenausgleich umschiffen. Und zweitens wurde das Gutachten vor dem Ukrainekrieg erstellt, durch den auch die deutschen Staatshaushalte direkt oder indirekt zusätzlich deutlich belastet werden.

Natürlich verbietet sich ein Vergleich mit der Situation in Deutschland vor 75 Jahren von selbst – doch ist das auch allen handelnden Politikern klar? Zweifel bleiben angebracht, mit steigenden Abgabenlasten (wie auch immer man das Kind dann nennen wird) bleibt allen Sonntagsreden zum Trotz zu rechnen! (tb)

2 **Finnland: Freundliche Flüchtlingsaufnahme sorgt für Migranten-Unmut**

In Finnland sorgt die freundliche Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge an den Universitäten des Landes bereits für den Unmut anderer Migranten. Wer in der Ukraine nachweisbar bereits ein Studium begonnen hatte und dies in Finnland fortsetzen möchte, kann nicht nur auf einen von 2000 zu diesem Zweck reservierten Studienplätzen, sondern auch auf ein Stipendium aus einem besonderen Fonds zurückgreifen. Und mit einem ukrainischen Pass kann derzeit zudem der finnische Nahverkehr kostenlos genutzt werden.

Dieser herzliche Empfang ukrainischer Flüchtlinge rief nun den Unmut bereits vorher angekommener Flüchtlingsgruppen aus Somalia oder Afghanistan hervor. Dies insbesondere unter denjenigen rund 2300 Asylbewerbern, die vor der Ankunft der ersten ukrainischen Flüchtlinge teilweise schon seit Monaten auf die Bearbeitung ihrer Asylanträge gewartet hatten, während die Gesuche der Ukrainer nun bevorzugt bearbeitet werden. Die finnische Asylbehörde rechtfertigt diese Vorgehensweise mit dem Hinweis, daß eine schnelle Erteilung von Aufenthaltsgenehmigungen für ukrainische Flüchtlinge auch allen anderen zugute käme: Die beschleunigten Verfahren würden einer weiteren Überlastung des Systems entgegenwirken. Dem Vernehmen nach sollen in der sprichwörtlichen Warteschlange nur die wenigsten nicht-ukrainischen Migranten für dieses Argument Verständnis aufbringen . . . (tb)

3 Pulverfass Balkan

Der russische Einmarsch in die Ukraine weckte bei vielen Bosniern die Befürchtung, daß ihr Land ebenfalls zur Zielscheibe Russlands werden könnte. Denn wie in der Ukraine und in Georgien hegen auch in Bosnien-Herzegowina weite Bevölkerungskreise und Teile der sie vertretenden Politiker den Gedanken an einen NATO-Beitritt. Widerstand kam und kommt dort vor allem von der Seite des Vorsitzenden der größten bosnisch-serbischen Partei SNSD, Milorad Dodik, der sich schon in der Vergangenheit als ausgewiesener Kreml-Freund erwiesen hatte. Anfang März verließ er nun demonstrativ eine Sitzung des dreiköpfigen Staatspräsidiums (dem er angehört), um auf diese Weise seiner Forderung einer absoluten Neutralität seines Landes in der nun akuten „Ukraine-Frage“ Nachdruck zu verleihen. Die beiden anderen Mitglieder des Staatspräsidiums sehen dies nicht so und unterstützen die internationalen Sanktionen und alle weiteren gegen Russland gerichtete Maßnahmen.

Schon seit Monaten versucht Dodik mit u.a. prorussisch ausgerichteten Forderungen, die verfassungsmäßige Nachkriegsordnung seines Landes (die von den beiden das heutige Land konstituierenden Einheiten Bosnien-Herzegowina und die Republik Srpska geprägt ist) aufzuweichen und das Land wieder zu teilen. Die US-Regierung setzte ihn deshalb bereits Anfang dieses Jahres auf eine von ihr geführte „schwarze Liste“ von als gefährlich erachteten Politikern. Auslöser war eine im Dezember 2021 von Dodik-getreuen Politikern durchgebrachte Initiative zu einer wieder stärkeren Separierung der Republik Srpska, die im Januar dann zu einem demonstrativen Aufmarsch paramilitärischer Kräfte führte, die ihre Entschlossenheit auch zu einem neuen Krieg in der Region deutlich machten.

In der serbischen Hauptstadt Belgrad kam es nun Anfang März zu einem Aufmarsch der sogenannten „Volkspatrouille“. Sie rief unverhohlen dazu auf, sich hinter das russische und belarussische Volk zu stellen. Etwa zeitgleich kam es in Banja Luka zu einer ähnlich gearteten Kundgebung, bei der eine Unterstützung des Kremls mit der Behauptung gefordert wurde, „Russland gewinnt bei der Schaffung einer ehrenhafteren Welt“. Unter den dortigen Demonstranten befanden sich zahlreiche Mitglieder eines berüchtigten und vom Kreml unterstützten russischen Motorradclubs namens „Nachtwölfe“ (Putin wird dort als Ehrenmitglied geführt) sowie eine Reihe Personen, die zuvor auf russischer Seite in der Ostukraine gekämpft haben sollen.

Der Präsident der „Serbisch-russischen Brücke“, Zdravko Mocevic, beschuldigte NATO und EU bereits (wobei der Wortlaut an manche Putin-Außerung der letzten Wochen erinnert), einer „Wiederbelebung des Nationalsozialismus, der Kriminalität, der Arbeitslosigkeit und des Extremismus“ Vorschub zu leisten statt Fortschritt zu bringen. Erst vor wenigen Monaten war in diesem Zusammenhang ein angeblicher Geheimplan durchgesickert, demzufolge Bosnien-Herzegowina wieder komplett zerteilt werden soll. Die vorstehend kurz beschriebenen Ereignisse der letzten Wochen bestätigen die offenbare Authentizität dieses Plans. Der Balkan bleibt ein Pulverfass! (tb)

4 Erdogans neuerliche Kehrtwende

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan kennt nur zu gut die hohe Sensibilität, mit der man in Europa auf das Flüchtlingsthema reagiert. Erst vor zwei Jahren öffnete er die Landgrenze zu Griechenland, um in der Türkei darauf wartende Syrer, Afghanen und andere nach Europa weiterziehen zu lassen. Er versuchte damit, dies aber kaum mit Erfolg, die Europäische Union unter Druck zu setzen. Es ging und geht letzten Endes immer wieder um Geld und die Möglichkeit eines türkischen EU-Beitritts. Jetzt läßt Erdogan auf die seinerzeitige „Peitsche“ („Flüchtlingsdurchmarsch“) Zuckerbrot folgen. Er sagte dafür in Richtung der Europäischen Union, daß die Türkei stets ein „Zufluchtsort“ für Flüchtlinge bleiben werde und signalisierte die angebliche Bereitschaft der Türkei, auch zukünftig als eine Art Pufferzone zu dienen. Tatsächlich sind seit Ausbruch des Ukrainekrieges zu den rund 4 Millionen Syrern und mehreren hunderttausend Afghanen, die sich schon seit einiger Zeit auf türkischem Boden aufhalten, noch einmal 50 000 Ukrainer und 15 000 Russen (!) hinzugekommen. Ihnen allen sicherte Erdogan nun zu, daß sie vorerst bleiben könnten.

Erdogan begibt sich damit innenpolitisch auf dünnes Eis, den Umfragen zufolge möchten rund 80 % der Türken die Flüchtlinge so schnell wie möglich wieder loswerden. Und unter Erdogans Stammwählern sind es sogar 85 %. Die Oppositionskräfte setzen für die im kommenden Jahr anstehenden Parlaments- und Präsidentenwahlen deshalb verstärkt auf genau dieses Thema. Oppositionschef Kemal Kilicdaroglu verspricht, nach einem Machtwechsel würden zunächst die Syrer wieder nach Hause geschickt: „Wir werden ihnen Häuser, Brücken, Straßen und Krankenhäuser bauen, und die Europäische Union wird dies bezahlen“, sagt er schon heute seinen Wählern zu. Erdogan hält dagegen, indem er sagt: „Wir erinnern uns daran, daß unser Prophet einst selbst Flüchtling war.“

Erdogans aktuelle Botschaft ist nach Auffassung mancher Beobachter, z.B. Ilke Toygür von der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik, weniger an seine Wähler als vielmehr an die EU gerichtet. Er möchte damit erstens Neuverhandlungen in der Flüchtlingsfrage – und damit höhere europäische Zahlungen – erreichen. Zweitens hofft er, auf diese Weise die zur Zeit sehr schlechten Beziehungen seines Landes zur EU wieder „in die Spur“ zu bringen. Und drittens, so die Vermutung der Türkei-Expertin, möchte Erdogan sich ganz einfach von der Opposition absetzen . . . (tb)

5 Mitteilung des Verlages

In den letzten zweieinhalb Jahren machten auch unserem Verlag zahlreiche und teilweise massive Kostensteigerungen zu schaffen. Wir kommen daher ab dem zweiten Quartal 2022 nicht um eine maßvolle Preisanpassung herum, die sich pro Seite des redaktionellen Teils auf lediglich rund 4 Euro-Cent beläuft. Verlag und Redaktion bitten für diese unvermeidbare Maßnahme um Ihr Verständnis und danken hierfür im Voraus. (tb)

6 „Cyber-Krieg“?

Etwa zeitgleich mit dem Beginn des Ukraine-Krieges am 24.2.2022 versagte die satellitengestützte Fernsteuerung für ein paar Tausend Windräder des Herstellers Enercon. Dahinter dürfte der letztendlich nicht erfolgreiche Versuch wahrscheinlich des russischen Militärs gestanden haben, die ebenfalls satellitengestützte Kommunikation der ukrainischen Kräfte auszuschalten. Die Kollateralschäden waren erheblich und betrafen nicht nur die Enercon-Windräder, die teilweise noch heute im autarken Automatikbetrieb laufen und die nach einer eventuellen Störung noch nicht wieder per Fernwartung gestartet werden könnten. Zu den Geschädigten in vielen europäischen Ländern gehörten im Übrigen auch etliche Feuerwehren in Deutschland, die für ihre Notfallkommunikation auf eine Satellitenverbindung setzen.

Dem Gegner nützliche Satellitensysteme zu stören gehört inzwischen zu den üblichen Aktionen der elektronischen Kriegsführung. Dies kann zum einen mit heftigen elektromagnetischen Impulsen erfolgen, die die bestrahlten Gerätschaften endgültig funktionslos machen. Im vorliegenden Fall bedienten sich die Täter aber einer anderen Technik, bei der gewissermaßen Computerviren in das Satellitennetzwerk implementiert wurden und die sich dann im Zuge der laufenden Datenweitergabe auch in Bereichen festsetzten, für die sie eigentlich nicht gedacht waren.

Russland ist dieser Tat allerdings noch nicht endgültig überführt, was an dieser Stelle deutlich gesagt sein soll. Es gilt allerdings als sicher, daß Armee und Geheimdienste über die erforderliche Technik und Fertigkeiten verfügen. Die Schadensbehebung wird in Teilbereichen noch einige Wochen dauern. Je nach Art und Schwere der Störung können die betroffenen Endgeräte meistens per Fernwartung repariert werden und es ist absehbar, daß nur in recht wenigen Fällen neue Hardware installiert werden muß. Der auf einer geostationären Umlaufbahn positionierte Satellit kann auf jeden Fall von der Erde aus wieder „flott gemacht“ werden. (tb)

7 „Geerdete“ Spitzengrüne

Nachdem die Grünen während des Bundestagswahlkampfes und bei der späteren Regierungsbildung gedacht hatten, mit dem „Umwelt- und Klimathema“ die politische Diskussion der nächsten Jahre für sich in Anspruch nehmen zu können, müssen sie sich nun der – teilweise neu definierten – Realpolitik stellen. Jetzt dominieren das Kriegsthema und die damit einhergehenden Fragen der mittelfristigen Sicherheit der deutsch-europäischen Energieversorgung. Schrittmacher für diese Verwandlung der Grünen ist der Vizekanzler und Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck. Er erweist sich damit wieder einmal als ein politisches Ausnahmetalent. Was ihn jedoch aufgrund seiner nur oberflächlich verdeckten stramm-linken Herkunft auch wieder einmal als überaus „gefährlich“ erscheinen läßt.

Habecks kürzliche Reise nach Katar und in die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) war deshalb durchaus bemerkenswert. Kritisierten führende Grüne (neben anderen) z.B. Katar noch vor wenigen Wochen als Austragungsort der nächsten Fußballweltmeisterschaft, umgarnte Habeck die dortigen Scheichs nun mit einer extra tiefen Verbeugung. Es ging schließlich um zukünftige Flüssiggas-Lieferungen. Und auch in den VAE ließ der grüne Gutmensch Habeck seine Entschlossenheit durchblicken, für Öl und Gas jetzt durchaus die eine oder andere Kröte schlucken zu wollen, an der ein „ordentlicher“ Grüner bisher fast erstickt wäre. Dies wird auch für die Laufzeit-Verlängerungs-Diskussion bezüglich der drei letzten noch produzierenden deutschen Kernkraftwerke gelten.

Bei alledem, und das ist das Erstaunliche daran, grummelt es zwar in Teilen der mittleren grünen Funktionärsschicht, aber in den Wahlumfragen blieb die Partei bisher stabil (im Gegensatz zur SPD). Daran änderte auch nichts der von den Spitzen-Grünen mit getragene Beschluß zur 100-Milliarden-Euro-Aufrüstung der Bundeswehr. Gleichwohl stehen Habeck und Co. vor einer Gratwanderung. Ihre bisher feste Annahme, daß ein Großteil der Wähler alles, aber auch wirklich alles dem u.a. von den Grünen propagierten „Klimaschutz“ unterordnen würde, ist ins Wanken geraten. Die Kluft zwischen urbanen grünen Funktionären mit Lasten-fahrrad und Fernwärmeanschluß und großen Teilen der übrigen Bevölkerung, die nicht nur unter den gestiegenen Energiepreisen leiden, ist in den letzten Wochen deutlich breiter und tiefer geworden. Habeck und seine grünen Genossen müssen sich nun in einer Realpolitik versuchen, die die Interessen des hart arbeitenden und steuerzahlenden Mittelstandes hinreichend berücksichtigt und die dabei die grünen Wolkenkuckucks-heime nicht zum Einsturz bringt! (tb)

8 Abschaltplan

Die Bundesregierung bereitet die deutsche Wirtschaft längst auf einen Ausfall russischer Erdgas-Lieferungen vor. Unter Federführung der Bundesnetzagentur werden Pläne für die gestaffelte Abschaltung der Erdgasversorgung erarbeitet. Dabei soll es – grob gesagt – die folgende Reihenfolge geben: Zunächst würde die laufende Gasversorgung für diejenigen Betriebe unterbrochen, die sich in ihren Gaslieferverträgen ohnehin mit zeitweiligen Unterbrechungen der Versorgung einverstanden erklärt haben (und die dafür von günstigen Gaspreisen profitieren). Danach kämen Gaskraftwerke an die Reihe, die als für die Strom-Versorgungssicherheit nicht systemrelevant eingestuft sind. Danach träfe es bereits gewerbliche Gaskunden, die eigentlich nicht mit einer Versorgungsunterbrechung gerechnet hatten. Es steht zu erwarten, daß Produzenten von – wie auch immer definierten – Luxuswaren hier eher mit einer Abschaltung rechnen müssen als z.B. Lebensmittelhersteller. Private Haushaltskunden, so lautet der erklärte Wunsch der Politik, sollen nach Möglichkeit keine Versorgungsunterbrechung erleiden.

In einigen Branchen zeigt man sich bereits jetzt alarmiert, weil dort eine nicht nur kurzzeitige Unterbrechung der Gasversorgung zu massiven Schäden, bis hin zur Insolvenzgefahr, führen würde. Zu den dieserart gefährdeten Betrieben zählen z.B. die Verzinkereien, wo das Zink in den Kesseln permanent auf etwa 450 °C gehalten werden muß. Sollte es einmal erkalten, ließe es sich nicht mehr verflüssigen, was bei größeren Anlagen alleine schon einen mehrstelligen Millionenschaden verursachen würde. Hinzu kämen massive Schäden (bis hin zum Totalverlust) an den technischen Anlagen. Über ähnliche Probleme spricht man in den Betrieben der Glasindustrie. Chemische Anlagen könnten zwar in den meisten Fällen kontrolliert heruntergefahren werden. Doch das spätere Wiederhochfahren würde bei einigen Anlagen Monate in Anspruch nehmen und entsprechende Zusatzkosten verursachen. Hinzu kämen gerade im Chemiebereich zahlreiche Abhängigkeiten mit anderen Herstellern, so daß für diesen Bereich im Abschaltfall ein regelrechter und teilweise kaum zu beherrschender Dominoeffekt droht. Die Arbeit an dem offiziellen – und zunächst wohl geheim gehaltenen – Abschaltplan scheint deshalb schon jetzt in einen Verteilungskampf auszuarten. (tb)

9 Ukraine wurde an das europäische Stromverbundnetz angebunden

Seit Mitte März fließt Strom zwischen der Ukraine und der Europäischen Union. Waren die Ukraine und die Republik Moldau (allgemeinsprachlich: Moldawien) bis vor kurzem noch hauptsächlich an das russisch/weißrussische Stromverbundnetz angebunden, ist es jetzt das europäische Stromverbundnetz. Diese Einbindung war bereits seit dem Jahr 2005 vorgesehen, als es zur Unterzeichnung einer entsprechenden Absichtserklärung kam. Im Jahr 2011, also lange vor der nun technisch vollzogenen Anbindung, traten die Ukraine und Moldawien der europäischen Energiegemeinschaft bei. Damit verbunden ist die unbedingte Verpflichtung, wesentliche Teile des diesbezüglichen EU-Rechts zu übernehmen.

Die Ukraine und Moldawien haben sich damit, nennen wir das Kind ruhig beim Namen, der auch in Brüssel vorherrschenden, rot-grünen Klimaideologie verschrieben. Dazu gehört der Traum von einem „klimaneutralen“ Kontinent (CO₂-Steuern lassen grüßen) mit einem großeuropäischen Stromverbund (ohne Kohle- und Kernkraftwerke), bei dem Strom zur zeitweiligen Mangelware – und damit tendenziell immer teurer – werden dürfte.

Bis vor dem Krieg (also auch während der Stromnetz-Vertragsverhandlungen) wurde in der Ukraine deutlich mehr Strom erzeugt, als verbraucht wurde. Grundfeste dieser Stromerzeugung waren Atom- und Kohlekraftwerke, wobei die Kohle meistens aus dem rohstoffreichen Luhansk und dem Donezk-Becken stammte. Sollten diese Gebiete nun von der Ukraine strikt abgetrennt werden, würden weitere Kohlelieferungen von dort allerdings fraglich. Zur europäischen „Strom-Doktrin“ zählt bekanntermaßen auch der Bau von Solar- und Windkraftwerken. Die Effektivität letzterer dürfte in den meisten Regionen der nicht gerade als „windreich“ bekannten Ukraine zwar zu wünschen übrig lassen, aber das dürfte den meisten Ukrainern jetzt erst einmal egal sein. Das Land ist groß und die Sorgen sind zunächst andere.

Jetzt sind die für den laufenden Betrieb der europäischen Stromnetze verantwortlichen Ingenieure in besonderem Maße gefordert. Kriegsbedingte Störungen in der Ukraine gilt es zusätzlich auszugleichen. Und dieser Ausgleich war bisher schon schwer genug, wie die Ereignisse des 8. Januar vergangenen Jahres zeigten, als es zu einem Fast-Blackout für ganz Europa kam. Nachdem damals in Rumänien infolge Strommangels die Netzfrequenz plötzlich abgesunken war, wurden mehrere Teilnetze des Stromverbundes automatisch und schlagartig voneinander getrennt. Dies führte in einigen Ländern zu Stromausfällen wegen Strommangels (so z.B. in vielen Regionen Österreichs), während vorzugsweise in Südosteuropa plötzlich nicht mehr abführbare Strommengen die noch vorhandene Reststabilität der dortigen Stromnetze gefährdete. Bei rund 10 Millionen Stromanschlüssen ging erst einmal gar nichts mehr . . .

Jetzt ist also das ukrainische Stromnetz eng mit dem (west-)europäischen verbunden. Die Unsicherheit bei der Stromversorgung hat damit weiter zugenommen, worauf auch völlig unpolitische Ingenieure hinweisen. Schließlich kann sich nun jede in der Ukraine zerstörte Überlandleitung, jeder weitere Angriff auf ein Kraftwerk bis weit in das europäische Verbundnetz hinein auswirken. Die eindeutige politische Aussage, die mit dem nun schnell vollzogenen Anschluß der Ukraine verbunden ist, ist das eine. Das andere, auf das muß nüchternsachlich festzustellen gestattet sein, sind die damit zwangsläufig verbundenen, zusätzlichen Unsicherheiten für die europäische Stromversorgung. (tb)

10 Zu hohe Energiekosten: Erstes deutsches Stahlwerk schließt Teile der Produktion

Die infolge der angestrebten Energiewende und erhobenen Klima-Sondersteuern deutlich gestiegenen Strom- und Gaspreise bereiten trotz verschiedener Entlastungsvereinbarungen der energieintensiven deutschen Stahlindustrie immer größere Probleme. Als einer der ersten Betriebe stoppten nun die Lech-Stahlwerke im bayerischen Meitingen Teile ihrer Produktion. „Wir legen die Produktion tageweise still“, sagte ein Unternehmenssprecher.

Bei der Anlage handelt es sich um ein Elektrostahlwerk, in dem vornehmlich Schrott mit elektrischer Energie erhitzt und geschmolzen wird. In herkömmlichen Stahlwerken kommen dagegen Eisenerz und Kokskohle zum Einsatz und die beim Schmelzprozeß entstehenden Gase können noch zur Stromproduktion verwendet werden. Ein Duisburger Stahlwerk versorgt auf diese Weise rein rechnerisch noch mehrere Tausend private Haushalte mit Strom. Aus technischen Gründen müssen jedoch auch hier noch zusätzlich Gas und Strom bezogen werden, so daß auch diese Anlage unter den Preissteigerungen leidet. (tb)

11 „Osterangebot“

Ukrainekrieg, Coronapandemie, Inflation und Flüchtlingskrise – so lauten die derzeit wichtigsten Stichwörter, in deren Zusammenhang ungewöhnlich viel fantasiert und oft auch bewußt gelogen wird. Meistens herrscht dabei auch in Deutschland eine Art „öffentlicher Gleichklang“. Denn die Redaktionen der „großen“ Medien – ganz gleich, ob zwangsgebührenfinanziert oder nicht – greifen bei ihrer Berichterstattung in vielen Fällen auf von den wenigen noch verbliebenen Nachrichtenagenturen verbeitetes Nachrichtenmaterial zurück. Dabei kommt erschwerend hinzu, daß inzwischen das „Redaktionsnetzwerk Deutschland“ (RND) zu einer der „führenden“ Agenturen aufsteigen konnte. Man muß wissen, daß das RND u.a. nahe beim Hannoverschen Mad-sack-Zeitungsverlag angesiedelt ist, der bekanntlich zum Presseimperium der SPD gerechnet werden muß.

Doch noch gibt es sie: Freie Medien, die sich wirklich noch den „Luxus“ einer freien Meinungsbildung und -äußerung erlauben können, die sich vom Schwarzweißdenken der „großen“ Medien wohltuend absetzen. Eines davon sind die „Vertraulichen Mitteilungen“. Bitte, helfen Sie deshalb mit, deren Verbreitung weiter zu fördern, indem Sie Freunde, Bekannte und Verwandte zur nun anstehenden Osterzeit mit einem dreimonatigen Geschenkabonnement der „Vertraulichen“ erfreuen. Das Geschenkabonnement endet nach drei Monaten automatisch, ohne daß Sie oder die Beschenkten dafür irgendetwas veranlassen müssen. Und zu Ihrer eigenen Erbauung (oder Weitergabe an den Beschenkten) schenken wir Ihnen noch unsere 78-seitige Broschüre „Für Sie aufgelesen“. Bitte, entnehmen Sie alles weitere dem dieser Ausgabe Ihrer „Vertraulichen“ beiliegenden „Osterangebot“. Oder nehmen Sie mit unserer Abonnementverwaltung in 78266 Büsingen unter 0 77 34/60 61 telefonisch, per Fax (0 77 34/71 12) oder per E-Mail (verwaltung@vertrauliche-mitteilungen.de) Kontakt auf – vielen Dank vorab! (tb)

12 Für Sie aufgelesen:

„Diktatoren wußten nie etwas: Ihre Geheimpolizei hat es ihnen nicht gesagt.“

Herausgeber: Verlag Arbeit und Wirtschaft – Verlag und Versand – OHG, Postfach, D-78266 Büsingen. Bankverbindung: Sparkasse Engen-Gottmadingen DE11 6925 1445 0008 1044 40 (BIC: SOLADES1ENG). Verantwortliche Redakteure: Dipl.-Ök. Thomas Brüggemann (tb), Dr. Eike Hamer v.V. (eh).

Druck: Adam Prettenhofer GmbH & Co. KG, D-27324 Eystrup. Wir geben unsere Meldungen, Auskünfte und Empfehlungen nach bestem Wissen. Haftungsansprüche sind außer bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit ausgeschlossen und verjähren in 6 Monaten, nachdem von den sie begründenden Umständen Kenntnis erlangt wurde, spätestens aber in 3 Jahren.